

Kurzmeldungen

Burmas Schwerindustrie gründete Ende Juli ein **Joint-venture mit der südkoreanischen Dae-woo Electronics Company**. Das Unternehmen, das 116 Angestellte, einschließlich fünf Südkoreanerinnen, beschäftigt, will jährlich 120.000 Farbfernseher, 150.000 Radio-recorder und 30.000 Kühlschränke produzieren. Bereits Anfang August begann der Export der Fernsehgeräte. Bis Jahresende soll die Gesamtzahl der Angestellten bei 250 liegen. (DW 14.8.92)

Truppen der **New Mon State Party (NMSP)** haben eine **Offensive am Three Pagoda Pass** gegen die Regierungstruppen begonnen, um ihr Hauptquartier, das 1989 überannt wurde, zurückzuerobern. Major Carr Raw sagte dazu, die NMSP hielt so lange den bewaffneten Widerstand aufrecht, bis das Volk der Mon zu seinen Rechten gekommen wäre. Zur Zeit dürfe man in der Hauptstadt des Mon-Staates weder in der eigenen Sprache unterrichten noch Mon-Literatur lesen.

(B.U.R.M.A. Juli 92)

U Aung Nu, Sohn des letzten gewählten Ministerpräsidenten Burmas, U Nu, kündigte an, seine politische Organisation, die **Allianz für die Demokratische Solidaritäts-Union Burmas (ADSB)**, werde an der **verfassungsgebenden Versammlung** teilnehmen, falls sie eingeladen werde. (DW 17.8.92)

Anfang Juli haben **fünf oppositionelle Studenten ethnischer Minderheiten ein Studium in Indien** aufgenommen. Sie hatten zuvor an der Federal University in Manerplaw studiert, die wegen des Bürgerkrieges und Geldmangels im April 1991 geschlossen wurde. Die Stipendien werden von einer deutschen Hilfsorganisation finanziert. Zehn weitere Studenten sollen schon bald folgen. (eigene Quellen)

SLORC beruft Nationalversammlung ein: Kurskorrekturen vor der UN-Vollversammlung

General Than Shwe hat am 23. April des Jahres General Saw Maung als Vorsitzenden des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung SLORC abgelöst. Das Regime hat unter der neuen Führung einige überraschende Schritte eingeleitet.

Am 10. September hat der SLORC die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben. Die Universitäten sind am 24. August wieder geöffnet worden und am selben Tag hat Außenminister Ohn Gyaw in Rangun das Genfer Rotkreuz-Abkommen unterzeichnet. Bereits seit Ende April hat der SLORC mehrere hundert Gefangene freigelassen. Unter

der Union von Burma noch die Demokratische Allianz Burmas sind zu den Vorbereitungsgesprächen eingeladen worden.

Die demokratischen Oppositionsgruppen bewerten die Maßnahmen als "kosmetische Korrekturen", die den internationalen Druck mindern sollen. Solange Aung San Suu Kyi unter Hausarrest stehe und weder sie noch Vertreter der Minderheiten zu der Nationalversammlung eingeladen würden, seien die Schritte nicht ernstzunehmen. Dr. Sein Win, Premierminister der NCGUB, betonte, der SLORC habe kein Mandat, eine Nationalversammlung einzuberufen.

Appell an die Vereinten Nationen

In Lissabon überreichten Vertreter der burmesischen Opposition am 27. Mai dem Europäischen Parlament einen Appell an die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft und andere Staaten. Die fünf Repräsentanten einer geschlossenen Opposition riefen die Internationale Gemeinschaft auf, bei der nächsten Sitzung des Welt sicherheitsrates, den SLORC unter Druck zu setzen. Sie appellierten an die Vereinten Nationen, das Regime aufzufordern, einen umfassenden Waffenstillstand auszurufen, Aung San Suu Kyi und alle politischen Gefangenen bedingungslos freizulassen und die burmesischen Völker die politischen Probleme mit politischen Mitteln lösen zu lassen.

Den Aufruf unterzeichneten Dr. Sein Win, Premierminister der NCGUB, Bo Mya Vorsitzender der Demokratischen Allianz Burmas (DAB) und der Karen National Union, Nai Shwe Kyin, Vorsitzender der Nationalen Demokratischen Front (NDF) und der New Mon State Party, Brang Seng zweiter Vorsitzender der DAB und Vorsitzender der Kachin Unabhängigkeitsorganisation sowie Tin Maung Thet, Vorsitzender der All Burma Muslim Union.



Der Puppenspieler von Burma

aus: FEER v. 7.5.92

ihnen U Nu, der letzte frei gewählte Premierminister Burmas, Ma Theingi, persönliche Sekretärin Aung San Suu Kyis und weitere im Mai 1990 gewählte Parlamentarier sowie Funktionäre verschiedener Parteien. Der Großteil der Freigelassenen sind aber Strafgefangene, die nicht aus politischen Gründen inhaftiert waren. Aung San Suu Kyi durfte Besuch von ihrem Mann und ihren Söhnen empfangen; Geheimdienstchef Khin Nyunt erklärte jedoch, sie werde weiter unter Hausarrest bleiben, da sie Frieden und Stabilität des Landes gefährde.

Ende des Jahres will der SLORC eine Nationalversammlung einberufen, um grundlegende Prinzipien für die Ausarbeitung einer Verfassung festzusetzen. Weder die Nationale Koalitionsregie-

Die Europäische Gemeinschaft erklärte Mitte Juni, daß sie die Maßnahmen begrüße, forderte die Regierung Burmas jedoch auf, die Restriktionen gegenüber Aung San Suu Kyi aufzuheben, die Rechte der Minderheiten zu wahren und das Kriegsrecht aufzuheben.

Die meisten Beobachter sind sich indes einig, daß die Maßnahmen und Erklärungen des SLORC einen Versuch darstellen, die Internationale Gemeinschaft zu täuschen. Insbesondere vor dem Hintergrund, daß der SLORC auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst weitere Sanktionen befürchten muß.

vgl. AW 10.7.92, BP 25.8.,
Burma Alert Mai 1992,
DW 28.8.92, FEER 9.7., 13.8.92,
FR 12.9.92, SOAa Mai 1992,
TN 18.6.92

eigene Quellen

153 Frauen aus Bordellen befreit

Eine Sondereinheit der thailändischen Polizei hat bei Razzien in Bordellen in der Hafenstadt Ranong 153 Frauen befreit, die zur Prostitution gezwungen wurden. Viele der Frauen kamen aus Burma, waren von Händlern mit Stellenangeboten gelockt worden und dann an thailändische Bordellbesitzer verkauft worden. Einige waren erst zwölf Jahre alt. Sie berichteten von Mißhandlungen und das Aids-infizierte Mitgefängene an Händen und Füßen gefesselt ins Meer geworfen worden seien.

vgl. Le Nouveau Quotidien 4.8.92

Einigungsabkommen in Manerplaw

Am 31. Juli haben sich die vier wichtigsten Oppositionsgruppen geeinigt, gemeinsam für eine Föderale Union Burma zu kämpfen. In Manerplaw unterzeichneten Dr. Sein Win, Premierminister der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB), U Tin Aung von der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), Saw Bo Mya für die Demokratische Allianz Burmas (DAB) und Nai She Kyin von der Nationalen Demokratischen Front (NDF) das Manerplaw-Abkommen. Das Abkommen soll bei einem Machtwechsel den ethnischen Nationalitäten garantieren, in einer neuen Verfassung die gleichen Rechte wie die Burmanen zu erhalten. Das Abkommen wird als Antwort auf die vom SLORC einberufenen Gespräche für eine Nationalversammlung verstanden, da bei diesen Gesprächen die wichtigsten Oppositionsgruppen nicht berücksichtigt werden.

vgl. Manerplaw Agreement 31.7.1992

UNDP und Weltbank unterstützen SLORC

Mitte Juni hat der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) den Bericht über die finanzielle, soziale und ökonomische Situation 1991/92 herausgegeben. Das Pro-Kopf-Einkommen ist dem Bericht zufolge seit 1985/86 um 19% auf US\$188 gefallen. Während das Land ein Bevölkerungswachstum von 12% aufwies, fiel das Sozialprodukt um 8%. Der Bericht enthält außerdem den ersten Vier-Jahres-Plan des SLORC. Er strebt im ersten Jahr eine Wachstumsrate von 5,8% an. Vor allem Landwirtschaft und Fischerei sollen Priorität haben. Der Haushalt für das nächste Jahr sieht aber wieder US\$ 200 Millionen, das sind 35% des Gesamthaushaltes, für das Militär vor.

Ungeachtet dessen wird das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Unterstützung der burmesischen Wirtschaft weiterführen. UNDP hat insgesamt US\$ 90,7 Millionen für die Einführung eines marktorientierten Wirtschaftssystems, die Privatisierung verschiedener staatlicher Firmen und die Dezentralisierung

wirtschaftlicher Strukturen zur Verfügung gestellt.

Bereits im Mai hat die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) der Weltbank einen Kredit für die Holzverarbeitenden Industrien bereitgestellt.

vgl. BP 20.6.92, AW 10.7.92, B.U.R.M.A. Juni u. Juli 92

Unruhen in Flüchtlingslagern

Mit der Regenzeit hat sich die Lage der 300.000 burmesischen Flüchtlinge in Bangladesch verschärft. Die Zufahrtswege zu den Lagern sind nicht mehr befahrbar, so daß eine regelmäßige Versorgung der Flüchtlinge nicht mehr gewährleistet ist. Seuchen breiten sich aus.

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) und Bangladesch haben einen Repatriierungsvertrag unterzeichnet. Da der SLORC die Anwesenheit oder Hilfe des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) auch bei Gesprächen Ende Juli abgelehnt hat, weigern sich die muslimischen Rohingya nach Burma zurückzukehren, da sie fürchten, weiter verfolgt zu werden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei sind sechs Rohingyas in den Lagern umgekommen, dreißig wurden verletzt. Den Flüchtlingen wird vorgeworfen, Widerstand gegen die Repatriierung zu leisten und Proteste zu schüren. Einige Rohingyas sollen sich bewaffnet haben, um mit der Rohingya Solidarity Organisation, für einen unabhängigen Staat zu kämpfen, hieß es in den Flüchtlingslagern.

vgl. BP 3.,13.,19.,20.,23.,25.7.92; TN 16.-19.,23.,25.7.92, DW 21.7.92

Registrierung für "Sicherheitslager" beendet

Bis zum 16. Mai haben sich 1300 burmesische Studenten und Studentinnen bei den Behörden in Thailand registrieren lassen. Die Studierenden, die in Thailand keinen Flüchtlingsstatus haben, sollen demnächst in einem Lager an der Grenze zu Burma untergebracht werden. Das Innenministerium Thailands gab bekannt, daß nur 515 der Studierenden ihren Studentenstatus nachweisen konnten. 300 bis 400 weitere würden

politisches Asyl erhalten. Den restlichen 400 wurde eine 90-Tage-Frist gewährt, ihren Status nachzuweisen. Wenn sie den Nachweis nicht erbringen, werden sie als Wirtschaftsflüchtlinge behandelt und somit abgeschoben.

vgl. TN 22.7.92

ASEAN-Staaten üben weiter Zurückhaltung

Die ASEAN-Staaten bestätigten bei ihrer Außenministerkonferenz am 21. und 22. Juli ihre Politik, nicht auf Konfrontationskurs mit Burma zu gehen. Die wichtigsten Handelspartner, darunter die USA, hatten die ASEAN-Staaten auch dieses Jahr aufgefordert, für die Freilassung aller politischen Gefangenen und für eine Machtübergabe an die gewählte Regierung in Burma einzutreten. Burmas Bitte um eine Einladung als Beobachter, war abgelehnt worden.

vgl. FEER 16.7.92; DW 22.7.92; FR 27.7.92

Radio Freies Burma sendet aus Norwegen

Radio Norwegen International hat eine Konzession an die Nationale Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB) vergeben, Rundfunksendungen nach Burma auszustrahlen. Die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Norwegisch - Burmesischer Rat sendet seit dem 19. Juli 1992 *Radio Freies Burma*. Dr. Sein Win, Premierminister der Gegenregierung, sagte, das Programm werde Nachrichten, Informationen über die Bewegung und außerdem Bildungssendungen enthalten, da das Militär den Zugang zu höherer Bildung verwehre. Während seines Aufenthaltes in Norwegen dankte Sein Win der norwegischen Regierung für diese bisher einmalige Erlaubnis.

vgl. Presseerklärung der NCGUB 21.6.92, MD 25.6.92, FEER 9.7.92

Kurzmeldungen

Am 10.7. seien mindestens **12 polnische Kampfhubschrauber** des Typs Mi-2 durch Ranguns Straßen transportiert worden, berichteten Kreise, die ungenannt bleiben wollen. Daneben sollen **100 t Munition**, weitere **technische Ausrüstung** und ein Transporthubschrauber der Marke W-3 **aus Polen** geliefert worden sein. Bereits im letzten Jahr wurden polnische Hubschrauber für den Kampf gegen Minderheiten geliefert. Im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit bildet Polen weiter burmesische Piloten aus. *(BP 25.7.92; TN 25.7.92)*

Die **US-amerikanischen Ölgesellschaften** Trend International (Burma) Ltd. und Apache Oil Ltd. **unterzeichneten** im Juni einen **Vertrag** mit dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) über Produktionsteilung bei der Reaktivierung von aufgegebenen Ölfeldern in Zentralburma. Watana Trading Ltd. schloß einen Vertrag über Produktion und Produktionsteilung bei Granitförderung im Landesinneren ab. *(B.U.R.M.A. Juli 92)*

Die **französische Firma Total** hat mit dem SLORC ein **Abkommen über Gasförderung** im Golf von Martaban abgeschlossen. Das Gas, das östlich von Rangun in einem über 26.000 qkm großen Gebiet gefördert wird, ist hauptsächlich für Thailand bestimmt. Dorthin soll es mittels einer Pipeline über das südöstliche Grenzgebirge gebracht werden. *(FEER 30.7.92)*

Am 18. September, am Jahrestag des "Putsches", wird die **burmesischsprachige Zeitung Der Spiegel** wieder erscheinen. Bereits seit November 1991 kommen die *Stadtnachrichten* wieder heraus und *Yadanabon* wird seit dem 1. Mai diesen Jahres wieder verlegt. Die Zeitungen waren nach den Unruhen 1988 eingestellt worden. *(vgl. DW 27.8.92)*

Kurzmeldungen

Bo Mya, Vorsitzender der **Demokratischen Allianz Burmas (DAB)**, hat am 24. Juni in einem **Brief an Bundeskanzler Kohl** die Veränderungen und Ankündigungen des Staatsrates zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) erläutert. Er appelliert in dem Brief an die Bundesregierung und an alle europäischen Staaten, die Maßnahmen des SLORC nicht überzubewerten und hofft auf weitere Unterstützung im Kampf für eine föderale Union Burmas. (*eigene Quellen*)

Die **Europäische Gemeinschaft** hat die unverzüglich **Freilassung** der Friedensnobelpreis - Trägerin, **Aung San Suu Kyi**, anlässlich des vierten Jahrestages ihres Hausarrests und die Aufhebung sämtlicher Einschränkungen **gefordert**, um so den Demokratisierungsprozess in Burma zu erleichtern und zu beschleunigen. (*Presseerklärung der EPZ vom 20.7.92*)

Burmesen und Burmesinnen sind gemeinsam mit deutschen Freunden zum **Gedenken des Massakers** vom 8.8.88 vor der burmesischen Botschaft vom 6.8. bis zum 8.8.1992 in den **Hungerstreik** getreten. In einer Erklärung an Bundespräsident Weizsäcker, Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel und den Deutschen Bundestag haben sie um Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Militärdiktatur gebeten. (*eigene Quellen*)

Im April ist in Genf die **Association Suisse-Birmanie** gegründet worden, die mit den anderen Burma-Gruppen in Europa zusammenarbeiten will. (*eigene Quellen*)

Das Burma Büro in Bochum organisiert mit den deutschen Burma-Gruppen eine **Konferenz europäischer Aktionsgruppen**, die unter dem Titel Aktionen für Freiheit und Frieden in Burma vom 30. Oktober bis zum 1. November in Hamburg stattfindet. (*in eigener Sache*)

Chemische Waffen gegen Kachin?

Soldaten der Regierungstruppen, die von den Kachin bei Gefechten im Norden Burmas, an der Grenze zu Indien gefangen genommen wurden, berichteten, daß die burmesische Armee ihre Soldaten im Radio aufgefordert habe, sich 300 Meter von der Front zurückziehen, da erstmals Gasbomben abgeworfen würden. Brang Seng, Vorsitzender der Kachin Independence Organisation, konnte jedoch den Gebrauch chemischer Waffen nicht bestätigen, da die Angreifer ihr Ziel verfehlt hätten und somit keine Beweise vorlägen. Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) hatte im April einen Waffenstillstand ausgerufen. Die Armee begann jedoch eine neue Offensive, nachdem die Kachin Independence Army zwei strategisch wichtige Dörfer zurückerobert hatte. (*vgl. TN 24.7.92*)

Komitee "Rettet Burmas junge Demokratie" gegründet

Mit dem Komitee "Rettet Burmas junge Demokratie" wollen Thea Bock, Ingrid Walz und Dr. Wolfgang von Geldern, Mitglieder des Bundestages, Missio Präsident Bernt Kaut und der Bischof von Lübeck Karl Ludwig Kohlwege, NDR-Intendant Jobst Plog und Kare Kristiansen, Mitglied des Nobelpreiskomitees sowie der Journalist Jochen Schilde und Simon Wiesenthal humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge organisieren. Initiatorin Bock erklärte, das Komitee wolle den Freiheitskampf des burmesischen Volkes unterstützen.

Bock hatte sich in Manerplaw, dem Hauptquartier der Opposition, über die Situation in den sog. befreiten Gebieten informiert.

vgl. Gründungserklärung des Komitees 4.6.92

Möglichkeiten für Eingriff der UNO?

Bei einer Burma-Konferenz mit Vertretern der Vereinten Nationen Anfang September in London wurden die Möglichkeiten eines Eingriffs der UNO zur Lösung der burmesischen innenpolitischen Probleme sowie die regionalen Auswirkungen diskutiert.

Es wurde deutlich, daß die Initiative für eine Intervention der UNO ohne Mitwirkung von Bangladesch oder Thailand als besonders betroffenen Nachbarstaaten oder von den ASEAN-Staaten oder der VR China kaum Erfolg haben dürfte. Mehrere Teilnehmer richteten Forderungen an die in Burma tätigen UN-Organisationen, auch in den Gebieten der ethnischen Nationalitäten aktiv zu werden (z.B. UNICEF für Kinderschutzimpfungen).

Noch nicht bekannt war, welches Land sich dieses Jahr bei der UN-Vollversammlung für eine Resolution für Burma einsetzen wird. 1990 hatte Schweden diese Initiative ergriffen und 1991 hatte sich eine große Anzahl von Ländern der Regionalgruppen, einschließlich Japan, für Burma eingesetzt.

Hoffnungen knüpfen sich an den Wiedereintritt Burmas in die Blockfreien Bewegung, da unter der Präsidentschaft Indonesiens, die ASEAN-Staaten möglicherweise versuchen werden, die immer noch peinliche Situation zu klären.

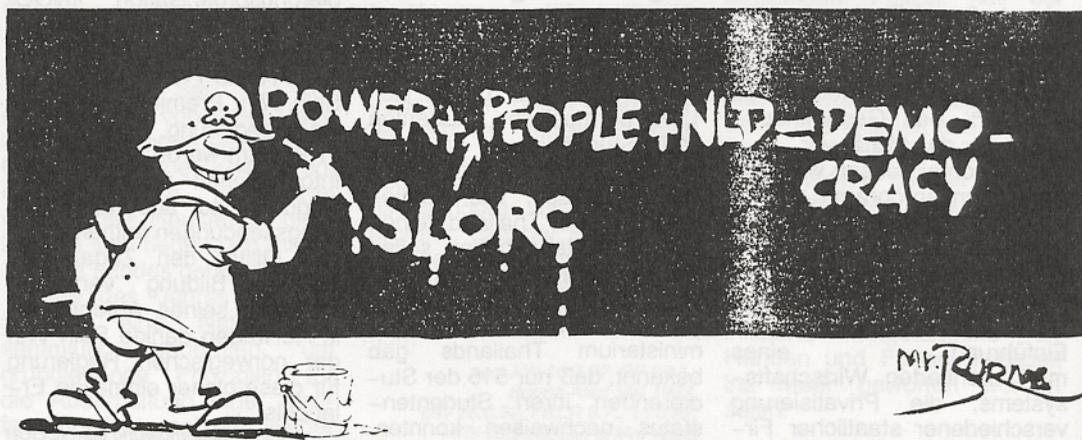
eigene Quellen

Delegation des Bundestages zurück

Nach einer Informationsreise von Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, gab Konrad Weiß (Bündnis 90/Grüne) in einer Presseerklärung bekannt, daß ihm weder ein Besuch bei Aung San Suu Kyi noch die Inspektion von Gefängnissen gewährt wurde. Seine Gesprächspartner bestritten, daß es politische Gefangene im Land gebe, obwohl Weiß ihnen eine Liste mit über 60 Parlamentariern und Parlamentarierinnen, die nach den Wahlen im Mai 1990 inhaftiert wurden, übergab. Weiß plädierte an die Völkergemeinschaft erneut und nachdrücklich den SLORC aufzufordern, die international anerkannten politischen und bürgerlichen Rechte, sowie die Rechte der Minderheiten zu respektieren. Desweiteren soll die Internationale Gemeinschaft den SLORC auffordern, die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren, das Kriegsrecht und das Versammlungsverbot aufzuheben, sowie alle politischen Gefangenen freizulassen, Familienangehörige getöteter Demonstranten und Folteropfer zu entschädigen und die dafür Verantwortlichen zu bestrafen.

Dieter Schanz forderte dagegen in einem Interview, daß der Prozeß der Normalisierung unterstützt werden solle und die begonnenen Entwicklungsprojekte zu Ende geführt werden sollen.

vgl. Presseerklärung von Konrad Weiß 17.7.92; ppp 24.7.92



MR. BURNS

aus: dawn Juni/Juli 92